Preis der Einzelnummer 5 Grusch
Bezugspreis
Inland: 1 Monat 1 75 T. Pfd , 3 Monate 4.75 T.Pfd., 6 Monate 8 50 T.Pfd., 12 Monate 16.- T. Pfd. Ausland 1 Monat 5.- R.-Mark, 3 Monate 13 - R.-Mark 6 Monate 25.- R.-Mark oder Gegenwert Alles einschliesslich Porto. Inserate: 1. Seite 1 cm. 100 Grusch, 2. Seite 75 Grusch, 3 Seite 60 ---- Grusch. 4 Seite 30 Grusch. ---- (Inlandspreise)
Geschaeftsleitung: Schischhane-Karakol Jokuschu, Saverio-Caleja-Gasse, Phoenixhaus.
Drahtanschr.: Turkpost
Fernspr.: Pera 1733
Postfach: Galata 269.

Türkische Post

پوسته تورکیشه

شیخه‌سی ۵ غروش
آبونه
داخل ایچون: سنه‌لیگی ۱۷۵ ، درت آیلغی ۷۵ ایره
خارج ایچون: سنه‌لیگی ۵۰۰ ، درت آیلغی ۱۲ مارک
اعلانات:
۱ نجی صحیفه‌ده ... ۲۰ نجی صحیفه‌ده ... ۷۵
۳ نجی صحیفه‌ده ... ۵۰ نجی صحیفه‌ده ... ۳۰ قروش
اداره‌خانه: ... تلفون: ... تلغراف آدرسی: ... تلفون نمره‌سی ۱۷۳۳
پوسته قوتوسی ... تلفون ۲۶۹

3. JAHRGANG NO.48. Tageszeitung für den Nahen Osten Konstantinopel, Freitag, 17. Febr. 1928

Organ der Deutsch-Türkischen Vereinigung, Berlin, der Türkisch-Deutschen Handelskammer, Hauptsitz Frankfurt a. M. und der Deutschen Wirtschaftskammer für Oesterreich, Wien.

Tagesspiegel.

مبعوث دوکتور فکرت بك افندی توقیف ایدلمشدر.
§
الکلکته مجلس مبعوثانده ویریلن رسمی بیاناتمیه کوره الکلکته ایله مصر آره‌سنده‌کی مذاکرات شایان صنعیت دوام ایتمکده‌در.
§
دراندنر عصیانده بولنان قبیله‌لره قارشی عسکری تشبثاته باشلامشلاردر.

Abgeordneter Dr. Fikret Bej ist in Angora verhaftet worden.

Nach einer amtlichen Erklärung im Unterhaus verlaufen die britischen Verhandlungen mit Aegypten befriedigend.

In Algerien unternahmen die Franzosen eine militärische Aktion gegen aufsässige Stämme.

Aus Deutschland.

Noch keine Entscheidung in Berlin.

Berlin, 16. Februar.

In Regierungskreisen trat noch keine endgültige Entscheidung ein, die man erst für morgen abend erwartet. Der interfraktionelle Ausschuss entschloss sich, zu empfehlen, den Reichstag spätestens am 31. März aufzulösen, falls bis dahin die dringendsten Vorlagen noch erledigt werden können, sonst aber dem Reichspräsidenten eine frühere Auflösung nahezulegen. Das Kabinett ist mit der Ausarbeitung eines derartigen Arbeitsprogramms beschäftigt, das den Parteien vorgelegt werden wird.

Berlin, 16. Febr.

Der Vizekanzler Hergt und der Reichsarbeitsminister Dr. Brauns unterrichteten am Donnerstag den Reichspräsidenten über die innere politische Lage. Am Nachmittag befasste sich das Reichskabinett mit der Feststellung des Arbeitsnotprogramms.

General v. Morgen.

Berlin, 16. Feb.

In Lübeck starb im Alter von 70 Jahren der General von Morgen, der als Armeekorpsführer hauptsächlich Anteil im Weltkriege an den Kämpfen im Osten hatte. General von Morgen nahm auch im Jahre 1896 an Kitcheners Sudan-Expedition teil und war im Jahre 1897 Militärattaché auf der türkischen Seite im türkisch-griechischen Kriege.

Hochwassergefahr in Süddeutschland.

Berlin, 16. Febr.

Die unaufhörlichen Regenfälle und die schnelle Schneeschmelze infolge der plötzlichen Wärme verursachten, namentlich in Süddeutschland, ein rasches Steigen der Flüsse und zahlreiche Ueberschwemmungen.

Folgen des Mordsprozesses Krantz.

(Eigener Dienst der «Türkischen Post»)

Berlin, 14 Februar.

Der sensationelle Mordprozess gegen den Primaner Paul Krantz wegen der Steglitzer Schülertragödie ist in einem Teile der deutschen Presse mit übermässiger Ausführlichkeit behandelt worden, wobei auch die intimsten Details in einer oft geradezu peinlich wirkenden Weise wiedergegeben wurden. Aus diesem Grunde hat sich der Reichstagsabgeordnete Mumm veranlasst gesehen, namens der deutschnationalen Fraktion einen Antrag einzubringen, der die Wiederholung einer solchen Sensationsberichterstattung verhindern soll. Dem deutschen Pressegesetz soll ein neuer Paragraph eingefügt werden, wonach Prozessberichte, die geeignet sind, das Geschlechtsgefühl der Jugend zu überreizen, oder irrezuleiten, verboten sind. Der Antrag wird im Rechtsausschuss des Reichstages ausführlich beraten werden, wobei allerdings grosse prinzipielle Debatten über die Grenzen der Pressefreiheit zu erwarten sind.

Kanada und Deutschland.

Quebec, 16. Febr.

Des französische Blatt „Quebecer" tritt dafür ein, dass Kanada in Berlin eine eigene diplomatische Vertretung erhält und schlägt den früheren Präsidenten der Regierungskommission des Saargebietes Stephens als Gesandten vor.

Aufnahme der Verhandlungen zwischen Danzig und Polen.

Berlin, 15. Febr.

Nach Meldungen aus Genf begannen die Verhandlungen zwischen Danzig und Polen über die Westerplatte und die dortigen polnischen Munitionslager und über den Zutritt polnischer Kriegsschiffe zum Danziger Hafen.

Der Prozess Ichsan Bej.

Der Brief Ichsan Bejs an den Ministerpraesidenten Ismet Pascha.

Weitere Vernehmungen. - Saib Bej. - Herr Hugo Herrmann. - Adil Bej.

Angora, 15. Feb.

In der Nachmittagssitzung setzte man das Zeugenverhör fort. Saib Bej wird vernommen und erklärt, dass er Nasim Bej getroffen habe, der ihm von seinen Verlusten, die er während des Waffenstillstandes und bei der Jawusangelegenheit erlitten habe, erzählte und ihn um Beistand ersuchte. Oemer Nasim Bej habe ihm gesagt, dass er mit der Firma Blohm & Voss zusammen arbeite und dass er die Ingenieure dieser Firma hatte kommen lassen. Dann habe Oemer Nasim Bej ihm von der Konkurrenz, die ihm der Abgeordnete von Biledschik Ibrahim Bej in Verbindung mit einer französischen Gruppe mache gesprochen. Jener habe ihm gesagt, dass man ihm eine Kommission von 15.000 t. Pf. zukommen lassen würde, falls er geneigt wäre, zusammen mit 2 anderen Abgeordneten, die Oemer Nasims Teilhaber seien, mitzu arbeiten. Saib Bej habe, sich damit bereit erklärt, aus Vaterlandsliebe auch ohne Entgelt bei dieser Sache mitzarbeiten, da durch die Herstellung des Jawus dem Vaterlande ein grosser Dienst erwiesen würde. Oemer Nasim Bej habe hierauf erwidert, dass die anderen nicht derartig interesselos handelten. Er habe seinen Teilhabern Ichsan und Fikret Bej 30.000 t. Pf. angeboten, die letztere nicht angenommen hätten und 40.000 t. Pf. verlangt hätten. Saib Bej bekräftigt dann auf eine Frage des Präsidenten hin, dass Oemer Nasim Bej ihm mitgeteilt habe, dass Ichsan und Fikret seine Teilhaber seien. Er habe zwar nicht den Vertrag gesehen, aber bemerkt, dass Oemer Nasim Bej im Zimmer vor seinem Eintritt einige Papiere zusammengerafft und in seine Tasche gesteckt habe. Ueber den Besitz von Ichsan Bej befragt, erklärt er, dass der Besitz Ichsan Bejs in Dschebel-i-Bereket augenblicklich 100.000 t. Pf. wert sei, Ichsan Bej wird hierauf zur Gegenäusserung aufgefordert und gibt Erläuterungen über die Gründe der Abneigung, die Saib Bej, gegen ihn fühle. Saib Bej gibt zu, dass man ihm auch Anträge über Teilnahme an einem Schiebengeschäft gemacht habe. Der Staatsanwalt fragt hierauf, ob Nasim Bej den Ausspruch «er wollte uns die Ausbesserungsarbeiten am Jawus zuteilen und tat es nicht, er hat mit uns gespielt,» wirklich getan hat. Nasim Bej erklärt, dass die Flendergesellschaft ein Recht hierauf gehabt habe, plötzlich aber St. Nazaire aufgetaucht sei, der man die Arbeit übertragen habe.

***

Im weiteren Verhör spricht der Zeuge Essad Bej, Abgeordneter von Brussa, von einer Summe von 20.000 t. Pf., die von der Flendergesellschaft als Kommission verteilt worden sein soll. Als seinerzeit Oemer Nasim Bej im Verwaltungsrat der Schark Eschja Pasari darüber Bericht erstattete, seien die. Namen Fikret Bej, Ibrahim Bej und Ichsan Bej gefallen. Der Zeuge Beha Tali Bej erklärt aber, sich hieran nicht zu erinnern. Die Zeugen Halil Pascha, Beha Tali, Ali Risa und Naim Dschawid erklären, dass der Name Ichsan Bej nicht gefallen sei, während Essad Bej bei seiner alten Aussage verbleibt. Hierauf wird der Vertreter der Dockbaugesellschaft Hugo Herrmann verhört. Hugo Herrmann erklärt, dass die Gesellschaft am 7. Mai einem Donnerstag, ihre Vorschläge eingereicht habe. Er sei damals von Babansade Fuad Bej begleitet gewesen. Man habe sich bei Hüssameddin Bej noch erkundigt, ob das der letzte Tag zum Einreichen von Offerten wäre, was bejaht wurde, worauf man den Brief mit den Vorschlägen dem Minister überbracht hätte. Durch Fuad Bej habe Hugo Herrmann Sonnabend oder Sonntag darauf erfahren, dass die Konkurrenz einen Preis gemacht habe, der 7-8000 Ltg niedriger sei. Herrn Hermann wird vorgehalten, dass er früher protokollarisch ausgesagt haben soll, damals Donnerstag abends bis Büroschluss im Ministerium gewartet zu haben und sehr erstaunt gewesen zu sein, dass seit Sonnabend früh die Frage schon entschieden gewesen sei. Danach hätte der Zuschlag Freitag erfolgt sein müssen. Hugo Herrmann gibt nunmehr an, dass er dies vielleicht gesagt haben kann. Der Staatsanwalt stellt darauf noch fest, dass der Preisunterschied nicht 8000 Ltlg, sondern nur 1000 Ltlg. gewesen sei und dass die 8000 Ltlg für eine Minenfabrik bestimmt waren, über die Hugo Herrmann seitens des Ministeriums zur Aeusserung aufgefordert worden war.

Der Zeuge wird befragt, ob seine Gesellschaft noch einen Preisnachlass hätte zulassen können. Auf diese Frage hin ruft Ichsan Bej aus, dass der Zeuge doch voreingenommen sei, da er doch einen geschäftlichen Verlust erlitten habe. Der Staatsanwalt fragt hierauf, wie es sich mit dem Zusatz in der Offerte verhalte, wo es hiess, dass die Ingenieure für die Minenangelegenheit kommen werden. Ichsan Bej wendet hierauf wieder ein, dass man diesen Zeugen darüber nicht befragen dürfe, der nicht sein Freund, sonderd sein Feind sei. Man übergeht hierauf diese Fragen. Hüssameddin Bej erklärt, sich nicht mehr über Einzelheiten des Besuches von Herrn Herrmann erinnern zu können. Und wenn er gesagt haben soll, dass an diesem Tage die Einreichungsfrist für Offerten zu Ende ginge, so sei dies auf Befehl des Ministers geschehen.

***

Angora, 16. Febr. (A.A.)

Der Staatsgerichtshof ist heute um 15 Uhr zusammengetreten. Adil Bej, ehemaliger Rechtsbeirat des Marineministeriums wurde als Zeuge verhört und gab an, dass man sich, als er eben seine Stellung angetreten habe, mit der «Ansaldofrage» beschäftigt habe. Man habe eine Bestellung für den Bau des Kreuzers «Drama» an die «Ansaldo-Gesellschaft» ausgegeben. Die betreffende Gesellschaft habe es aber in Abrede gestellt, Geld erhalten zu haben, und bei Ausbruch des Krieges das Schiff an Italien verkauft.

Nach dem Kriege habe man dann ein Gerichtsverfahren gegen diese Gesellschaft eingeleitet, die zur Zahlung von 162.000 t. Pf. verurteilt worden ist. Der Vertreter der «Ansaldo» sei hierauf nach Angora gekommen, wo er mitteilte, dass die alte «Ansaldogesellschaft» Konkurs angesagt hätte, die neue Gesellschaft zur Zahlung dieser Summe bereit wäre, falls man ihr einen Auftrag für 600.000 Ltlg zukommen lassen würde. Adil Bej gab an, bei dieser ganzen Angelegenheit sofort Unregelmässigkeiten bemerkt zu haben, weshalb er auch seine Ernennung zum Rechtsbeirat des Marineministeriums bedauert habe. Hüssameddin Bej habe ihm nach seiner Rückkehr aus Europa eine Sache zur Prüfung vorgelegt, bei der es sich um 300.000 t. Pf. handelte. Mit dem Bemerken, dass die Angelegenheit äusserst dringend sei, sei ihm die Möglichkeit einer längeren Ueberprüfung der Angelegenheit genommen worden. Er hätte das Dokument nur bis zum Abend bei sich behalten können. Es habe sich darin um Halil Kjamil Bej gehandelt. Er habe hierauf auch dem Minister Bedenken vorgetragen, der ein Rundschreiben an die einzelnen Abteilungen ergehen liess, worin gesagt wurde, dass keine irgendwelche Korrekturen oder Aenderungen bei Dokumenten, die bereits die Meinung einer Abteilung beinhalteten, vorgenommen werden dürften. Trotzdem hätte man Unregelmässigkeiten nicht verhindern können. Die Radierungen usw. seien meistens im Flottenausrüstungsdepartement erfolgt.

Der Brief an Ismet Pascha.

Angora, 16. Febr.

Bekanntlich hat der Ministerpräsident Ismet Pascha auf Grund einer Entscheidung des Ministerrates am 13. November eine Untersuchung über gewisse Unregelmässigkeiten im Marineministerium angeordnet. Das Ergebnis dieser Untersuchung wurde am 17. November dem Ministerrat wieder vorgelegt. Am 18. November hat dann Ichsan Bej einen Brief an Ismet Pascha gerichtet, den die offiziöse Presse als ein Entlastungsmanöver Ichsan Bejs bezeichnet.

Der Brief trug die Aufschrift « Privat und persönlich », an den Ministerpräsidenten Ismet Pascha. Sein inhalt ist folgender: Ketschi Oeren den 18. November 1927. Mein Pascha! Gestern teilte mir Dr. Fikret mit, dass Ihnen einige Intrigen mich betreffend zu Ohren gekommen sind und dass sie stark unter dem Eindruck dieser Ihnen glaubhaft erscheinenden Einflüsterungen stehen. Angewidert von dieser Art gewöhnlicher Intrigen fühle ich mich verpflichtet, dazu in diesem Briefe Stellung zu nehmen. Nach den Ihnen zugetragenen Verleumdungen soll ich erstens sehr verstimmt gewesen sein, dass ich das Marineministerium habe verlassen müssen, zweitens mich bereit gemacht haben, von Ihnen einmal Rechenschaft zu fordern, drittens gesagt haben, dass die Regierung sich habe Amtsmissbräuche zuschulden kommen lassen, und viertens soll ich der Sitzung der Nationalversammlung, als die Regierung die Vertrauensfrage stellte, absichtlich ferngeblieben sein und somit der Regierung mein Vertrauen nicht ausgesprochen haben.

Als ich dies von Dr. Fikret hörte, habe ich Dr. Fikret sofort die nötigen Aufklärungen gegeben. Ich habe ihm erklärt, dass ich von Ismet Pascha während dessen Amtsführung nur Hilfe und Unterstützung empfangen habe, dass er mich am Vortage der Aufhebung des Ministeriums zu sich berufen habe, mir in sehr schonender Art die Notwendigkeit einer Aufhebung des Marineministeriums dargestellt und mir seine Wertschätzung für meine Mitarbeit und die von mir versehenen Dienste dokumentiert habe. Ismet Pascha habe sichtlich den Wunsch gehabt mir die Aufhebung des Marineministeriums in möglichst angenehmer Weise zu erklären. Ich bin nicht so gefühllos, dass ich die Feinheiten, die in diesen Erklärungen Ismet Paschas lagen, nicht hätte verstehen können.

2. Da ich Marineminister im Kabinett Ismet Paschas gewesen bin, sei es selbstverständlich nötig, dass man an Ismet Pascha gerichtete Fragen auch an mich richtet. 3. Wäre es nicht ein Unding, eine Regierung des Amtsmissbrauches zu beschuldigen, da ich ihr doch selbst angehöre. Ueber letztere Anschuldigung äussert sich Ichsan Bej im vorliegenden Brief, dass er damals vom Gasi eine Zusammenkunft erbeten hatte und aufgefordert worden sei, sofort zu kommen. Er habe sich darauf sofort nach Tschankaja begeben, und dadurch der Sitzung der Grossen Nationalversammlung nicht beiwohnen können. Es sei ein Unding, dass er sich habe in Opposition gegen Ismet Pascha setzen wollen. Auch sei es nicht seine Absicht gewesen, Regierungschef zu werden, zumal er behaupten müsse, dass es für dieses Amt keinen talentierteren als Ismet Pascha gäbe. Ichsan Bej appelliert ferner an die Kameradschaftlichkeit, die durch die Revolution besonders eng geworden sei und erwähnt, dass man jetzt üble Tage der Zersplitterung und der Kriecherei sowie Heuchelei durchmachen müsse, die an die Stelle des Opfermutes der Umsturzzeit getreten sei. Ichsan Bej bringt dann wieder den Hinweis auf die französische Revolution, um damit zu zeigen, dass die Führer einer revolutionären Bewegung zusammenhalten müssen. Es könnten persönliche Abkühlungen eintreten, nichts aber die kameradschaftliche Verfolgung des gemeinsamen Ideals verhindern.

Dr. Fikret Bej verhaftet.

Angora, 16. Febr.

Um 10 Uhr erschien ein Detektiv bei Dr. Fikret Bej, den die Grosse Nationalversammlung ausgeliefert hatte, und forderte ihn auf, sich zum Generalstaatsanwalt des Staatsgerichtshofes zu begeben. Dort wurde Dr. Fikret Bej der Haftbefehl vorgelesen under wurde hierauf ins Zentralgefängnis eingeliefert.

Verhaftung Ali Risa Bejs?

Angora, 16. Febr.

Der Abgeordnete von Dschebel-i-Bereket, Ali Risa Bej, wird morgen verhaftet werden.

(Milliet.)

Letzte Nachrichten

England und die Sowjets.

London, 16. Febr.

In der Beratung einer kleinen Anfrage erklärte der Regierungsvertreter im englischen Unterhaus, dass die Handelsbeziehungen mit der Sowjetregierung niemals abgebrochen wurden, doch die Wiederherstellung diplomatischer Beziehungen jetzt nicht möglich sei.

Günstiger Verlauf der anglo-ägyptischen Verhandlungen?

London, 16. Febr. (AA)

Sir Locker Lampson erklärte im Unterhause über den Stand der britisch-ägyptischen Verhandlungen, dass dieselben einen befriedigenden Verlauf nähmen und dass er auf einen baldigen Abschluss hoffe.

Um den französisch-amerikanischen Vertrag.

New York, 16. Febr.

Die Aussenkommission des Washingtoner Senats vertagte die Beschlussfassung über die Ratifizierung des französisch-amerikanischen Schiedsgerichtsvertrages und verlangt von Kellogg ergänzende Auskünfte für gewisse Klauseln.

Rebellische Stämme in Algerien.

Paris, 16. Febr. (A.A.)

Der Entführer der beiden Kinder Arnaud, die kürzlich in Marokko von den französischen Behörden gegen ein bedeutendes Lösegeld ausgelöst worden sind, und Mörder ihrer Eltern, Ben Daud, hat sich zu einem algerischen Berberstamme geflüchtet, der schon seit langer Zeit aufsässig ist und Raubzüge und Plündereien unternimmt. Die französischen Behörden forderten die Auslieferung Ben Dauds, die jedoch verweigert wurde. Daraufhin ist französisches Militär gegen den betreffenden Stamm eingeschritten.

Der Sowjetbeobachter beim Sicherheitskomitee.

Moskau, 16. Feb.

Nach Meldungen aus Moskau fährt der Ministerialdirektor des Aussenamtes Moritz Stein als Sowjetbeobachter zu den Verhandlungen des Sicherheitskomitees des Völkerbundes.

Der Nachfolger Smirnoffs.

Moskau, 17. Febr. (A.A.)

Zum Nachfolger Smirnoffs als Volkskommissar für Landwirtschaft wurde Nikolas Kubiak bestimmt.

Jerusalem und die evangelische Kirche.

Berlin, 16. Feb.

Der deutsch-evangelische Jerusalemverein feiert am 19. Februar sein 75 jähriges Bestehen.

Politische Wochenschau.

Konstantinopel, 16. Febr.

M. Kellogg hat unvermittelt, wie es nun einmal seine Art ist, aus der amerikanischen Pandorabüchse einen neuen Vorschlag auf das bereits etwas nervös gewordene Europa geschüttelt. Diesmal handelt es sich um die In-Acht-Erklärung der U-Boote, also im Grunde genommen um eine Aktion in der Abrüstungsfrage. Nun sitzt in Genf eine Abrüstungskommission, in der auch die Vereinigten Staaten vertreten sind und man fragt sich, weshalb der neue Vorschlag zwecks seiner besseren Ausarbeitung und Vorbereitung nicht dort im übrigen Komplex der Abrüstungsfragen seinen Platz gefunden hat. Man erinnert sich, dass die vom Präsidenten Coolidge in Genf einberufene Marinekonferenz offenbar deshalb so ostentativ scheiterte, weil ihr keine angemessene Vorbereitung vorausgegangen war. Auch der plötzliche Umschwung in der Haltung der Vereinigten Staaten zu der U-Bootfrage kommt unerwartet. Auf der Washingtoner Konferenz war Amerika bekanntlich dem englischen Vorschlag, den U-Bootkrieg abzuschaffen, entgegengetreten. Am 6. Februar 1922 kam schliesslich doch ein internationaler Vertrag zustande, der das Verbot der U-Bootwaffe enthielt, aber der Vertrag wurde nie ratifiziert. Er wurde so gründlich vergessen, dass von ihm in der Abrüstungskommission, die nun seit zwei Jahren in Tätigkeit ist, nie die Rede war. Auch auf der Marinekonferenz in Genf im Sommer 1927 wurde er vollständig ignoriert und man einigte sich nur hinsichtlich der Beschränkung der Zahl der Hochsee-U-Boote auf eine Klausel, die mit dem übrigen Programm der Konferenz zu Wasser wurde.

So kommt es denn, dass eine böse Welt in dem idealistischen Vorschlag Kelloggs Hintergedanken sieht. Man bringt die Geste mit Wahlmanövern in Verbindung und schielt nach Japan, das in demselben Zeitraum, wo die U.S.A. sechs U-Boote vom Stapel gelassen hatten, fünfzig gebaut hat. Nun wird man aber den Vereinigten Staaten wohl zutrauen können, dass, falls es darauf ankommen sollte, sie ebenso viele und mehr U-Boote bauen könnten, als Japan. Wenn man schon von Nebengründen für den Vorschlag Kelloggs reden will, so wird es wohl richtiger sein, sie unter anderem im englisch-amerikanischen Verhältnis zu suchen. Nach all den Dissonanzen war es vielleicht nützlich eine Note anzuschlagen, die in der englischen Admiralität jedenfalls sympathisch mitschwingen würde. Dass man Frankreich und Italien verstimmte, die in der U-Bootwaffe ihre einzige Rettung vor der Diktatur der «Beherrscher der Meere» erblicken, verschlug wohl nicht viel.

In diesen Tagen sollte es sich entscheiden, ob der amerikanische Senat den neuen Schiedsgerichtsvertrag mit Frankreich ratifizieren wird. Davon wird auch die endgültige Form der Schiedsgerichtsverträge abhängen, die Amerika im Begriff ist mit anderen Mächten abzuschliessen. Die wichtigste Neuerung im amerikanisch-französischen Vertrag bezieht sich auf eine Klausel, auf der Frankreich bestanden hat und in der es bezüglich seinen Verpflichtungen gegenüber dem Völkerbund Vorbehalte macht. Falls der amerikanische Senat diese Klausel annimmt, wird sie offenbar auch in die bevorstehenden Verträge mit England, Japan und Deutschland aufgenommen werden. Die sogenannten Root-Verträge, die sich auf ein schiedsgerichtliches Verfahren zwischen Amerika einerseits und Frankreich und England andrerseits beziehen und im Jahr 1908 abgeschlossen waren, wurden regelmässig alle fünf Jahre erneuert. Der Vertrag mit England läuft im Juni ab und ebenso, wie auch für Frankreich, handelt es sich, wenn auch im Vertrag einige Veränderungen vorgenommen werden, mehr um eine Verlängerung. Hinsichtlich Deutschlands, mit dem ebenfalls Verhandlungen eingeleitet werden sollen, liegen die Dinge anders und es klang beinahe wie Eifersucht, als in der französischen Presse behauptet wurde, dass Amerika nur mit England und Japan einen ähnlichen Schiedsgerichtsvertrag wie mit Frankreich abschliessen würde und, dass Deutschland die Grundlinien des Vertrags